

Pressemitteilung

18.07.2016

Bedrohung der Industrie durch REACH Parlamentariern und Kommission näher gebracht



**Ansprechpartner für
Fragen:**

VECCO e.V.
Thankgrimweg 6
59759 Arnsberg-Hüsten
+49(2932) 39066
info@vecco.info

Organisation:
Eupoc GmbH
In der Neuen Welt 8
87700 Memmingen
+49(8331) 4989052
eupoc@eupoc.de

Bericht über eine Veranstaltung des CETS in der Bayerischen Landesvertretung in Brüssel unter der Schirmherrschaft von MdEP Markus Ferber

Brüssel / Memmingen

Am 12. Juli 2016 fand in der Bayerischen Landesvertretung in Brüssel (Gastgeber) eine REACH Veranstaltung des CETS (Verband europäischer Beschichter) statt, deren Schirmherrschaft der Europaabgeordnete Markus Ferber übernommen hatte.

Die Veranstaltung war gut besucht, es nahmen Vertreter der Bayerischen Landesvertretung, Mitglieder der Europäischen Kommission, Mitglieder des Europaparlamentes sowie Pressevertreter teil.

Es wurden drei wesentliche Vorträge präsentiert die zu kontroversen Diskussionen führten.

Frau Thoma-Böck stellte vertretend für 180 Unternehmen des VECCO e.V. und der gesamten europäischen Oberflächenbranche in Ihren Ausführungen plastisch und emotional nachvollziehbar die existenzgefährdende Überforderung bei der Umsetzung der europäischen Chemikalienverordnung in kleinen und mittleren Unternehmen dar. Die REACH-Verordnung ist ein Bürokratiemonster und das Gesetz, welches Klein- und mittelständische Unternehmen lt. Bericht der Kommission am meisten belastet.

Frau Thoma-Böck musste sich dazu der ungewohnten englischen Sprache bedienen, obwohl ihr tägliches Geschäft zu 100 % in der Muttersprache abläuft. Entsprechend problematisch ist es für jedes kleinere Unternehmen, allein aufgrund der sprachlichen Barriere seine Interessen ausreichend wahrnehmen zu können.

Hauptsächliche inhaltliche Kritikpunkte an der Durchführung von REACH sind fehlende Objektivität, Ungleichbehandlung, generelle Forderung nach Substitution, fehlende Kenntnis welche Stoffe in Zukunft noch zulassungspflichtig werden und somit keine gezielte Forschung möglich ist. Hier werden Forschungsgelder in unermässlicher Höhe vernichtet. Ständige Rechtfertigung – auch während der Laufzeit der Zulassungen („review period“) gegen jedes beliebige dubiose Marketing, da bei Nicht-Regierungsorganisationen und Behörden naturgemäß die technische Expertise nicht ausreicht, eine sinnvolle Vorauswahl zu treffen. Die Bestätigung für letzteres lieferte umgehend der nachfolgende ECHA Vortrag. Es wurde eine einzelne Technologie als angebliche Alternative positiv beurteilt und damit „beworben“, dabei steht eine eingehende technische und ökonomische Bewertung noch aus.

Dieses fehlende Verständnis für die tatsächlichen Zusammenhänge in Markt und Lieferketten führt zusätzlich zu sehr kurzen Zulassungszeiten; diese wiederum ziehen Investitionsstops und Verlagerungen ins außereuropäische Ausland nach sich.

Sowohl Dr. Markus Berges von der ECHA als auch Frau Dolores Romano (The European Environmental Bureau (EBB) machten in ihren Vorträgen sehr allgemeine Aussagen so das eine nachvollziehbare, quantitative Bewertung der Ergebnisse von REACH nicht gegeben war.

Dies ließ die Teilnehmer unbefriedigt zurück, da der riesige bürokratische Aufwand somit keinerlei Erfolgskontrollen unterzogen werden kann.

Entsprechend kontrovers, teilweise hitzig entwickelte sich die anschließende Diskussion.

Sowohl die Kommission als auch die MdEPs stellten unbequeme Fragen an den Vertreter der ECHA (Europäische Chemikalienagentur in Helsinki) welche mit der Durchführung des REACH Gesetzes beauftragt ist. Sie waren sehr betroffen von den dramatischen Ausführungen von Frau Thoma-Böck und sehr interessiert daran heraus zu finden, warum ihr eigentlich erfolgreiches Gesetzeswerk zu solch gravierenden Schwierigkeiten in der Umsetzung führt.

Frau Thoma-Böck wies darauf hin, dass aus Sicht des CETS, der nationalen Verbände und der einzelnen Unternehmen Lösungsmöglichkeiten gäbe die Ziele von REACH mit verhältnismäßigen Vorgehensweisen statt massiver Bürokratie zu realisieren. Voraussetzung ist jedoch, dass Behörden und Politik die Warnungen ernst nehmen und gemeinsam, nicht nur mit der Chemie- und Großindustrie partnerschaftlich an einer Lösung arbeiten.

Herr Ferber forderte die ECHA in seiner Ansprache zu großer Vorsicht bei der Durchführung auf! Der Schutz der Menschen und Umwelt stehen an oberster Stelle – unseren Wohlstand sichert aber die Ökonomie. Daher sei Augenmaß gefragt! Andernfalls könnten unverhältnismäßige Maßnahmen und Aufwände zu einem massiven, unnötigen Verlust von Unternehmen und Arbeitsplätzen führen.